

## GESELLSCHAFT

## Spuk des Pressegesetzes taucht wieder auf

Slowakische landesweite Tageszeitungen protestierten Ende März auf ihren Titelseiten gegen den Regierungsentwurf des Pressegesetzes. Das Pressegesetz sorgt bereits seit einigen Monaten für Spannung und war auch Grund, weswegen die Opposition ihre Unterstützung für den sog. Lisabonvertrag im Parlament verweigerte.

## Regierung jagte schon früher den Medien Furcht ein

Premier Robert Fico hatte schon seit längerem gespannte Beziehungen mit den Medien. In einigen Verlautbarungen kündigte er im Voraus an, was wohl das neue Pressegesetz bringen werde. Beispielsweise verabschiedete die Regierung schon am 25. April 2007 eine kritische Stellungnahme gegenüber den Medien: „Die Regierung nimmt die in mehreren slowakischen Medien veröffentlichte steigende Anzahl falscher, nicht objektiver und die Wahrheit verzerrender Angaben in Bezug auf die Regierung zur Kenntnis (...) Im Rahmen der geplanten Novellierung jener die Presse und Medien in der Slowakei regelnden Rechtsvorschriften erwägt die Regierung die Einführung eines standardmäßigen Rechts auf Antwort. Dieses soll der betroffenen Person oder Institution ermöglichen, auf falsche oder Wahrheit verzerrende Informationen unmittelbar zu reagieren.“ In seiner Reaktion auf die Kritik der Medien durch die Regierung rief das Slowakische Syndikat der Journalisten das Kabinett auf, die Kommunikation mit den Medien zu verbessern. „Wir sind der Meinung, dass es vor allem notwendig sei, die praktische Kommunikation der Regierung und einzelner Ministerien im Verhältnis zu den Medien und Journalisten zu verbessern“, stellte das Slowakische Syndikat der Journalisten am 2. Mai 2007 fest.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 tauchten Äußerungen des Premiers über „Hyänismus ungeheueren Ausmaßes“ (als die Medien umstrittene Aktivitäten der Ministerin für Arbeit Viera Tomanová kritisierten, die Äußerung über mangelhaften Respekt der Medien für slowakische Geschichte und als die Regierung auf einer Sondersitzung Medien des Einbruchs bei Ministerin Tomanová und der Annahme von Schmiergeldern von Privatgesellschaften bezichtigte). „Einige slowakische Medien übernehmen die Rolle der politischen Opposition und verbreiten nicht objektive und einseitige Informationen oder verheimlichen elementare Informationen über die Aktivitäten der Regierung der Slowakischen Republik“, teilte die Regierung in einer vom Premier Fico im Nationalrat verlesenen Stellungnahme mit.

## ÜBERSICHT

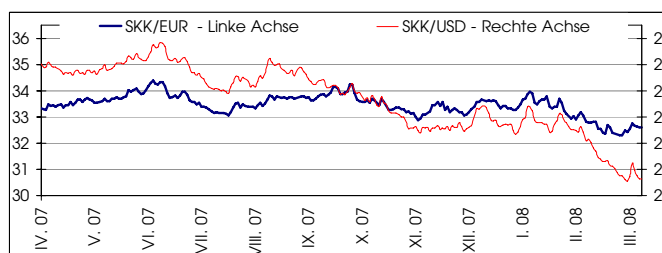
## GESELLSCHAFT

- Spuk des Pressegesetzes taucht wieder auf.....1
- Slowakei gedachte des Jahrestags eines bedeutenden Protestes gegen die Totalität.....2
- Spannungen in der SDKÚ-DS.....2
- Unabhängige Abgeordnete machen Parlamentsmathematik wieder problematisch.....3
- Frühere Politiker der KDH bereiten eine neue Partei vor.....3
- Unterstützung gemeinsamer oppositioneller Präsidentschaftskandidatin noch immer fraglich.....3
- Slowakei rief Europa zur Reaktion auf Ungarische Garde auf..3
- Slowakische Demokratie erhielt ein Zeugnis mit einer 2,6.....4
- Riesenausschreibung über Autobahnbau ins Stocken geraten.4

## WIRTSCHAFT.....4

## OKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kurse (IV. 2007 – III. 2008)



Quelle: NBS

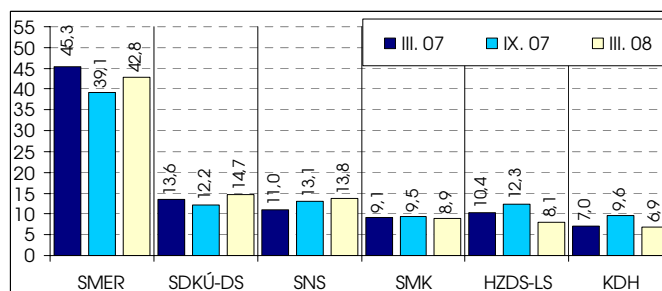
	2004	2005	2006	2007	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	5,4	6,0	8,3	10,4	7,0*
Inflation (CPI)	7,5	2,7	4,5	2,8	3,1*
Arbeitslosenrate*** (%)	18,1	16,2	13,3	11,0	10,5
Rating (Moody's)	A3	A2	A1	A1	A1*
SKK/USD	32,3	31,0	30,6	24,7	22,1*
SKK/EUR	40,0	38,6	37,5	33,8	33,1*

\* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

\*\*\* nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

## MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

### *Regierungsentwurf brachte Befürchtungen vor Rache gegen Medien*

Die obigen Äußerungen und Haltungen der Regierung führten zur Befürchtung, wonach die neue gesetzliche Regelung zum Instrument der Rache der Regierungskoalition gegenüber den Medien wird. Im Januar 2008 verabschiedete die Regierung den Entwurf des Pressegesetzes mit umstrittenen Bestimmungen über das Recht auf Antwort oder Geldbußen für die Medien. Kurz nach Annahme des Gesetzes durch die Regierung äußerte sich Premierminister Robert Fico in einer TV-Debatte, dass die Medien ein größerer Gegner sei als die Opposition: „Das Hauptduell, das sich jetzt auf der slowakischen Politzscene abspielt, ist das Duell zwischen der Regierungskoalition und den Medien, für Europa ist das kaum standardmäßig“. Durch eine solche Haltung wurden die Befürchtungen vor einem Racheakt gegenüber den Medien natürlich noch gestärkt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) machte darauf aufmerksam, dass der Pressegesetzentwurf die Pressefreiheit erheblich einschränken wird und ersuchte das slowakische Parlament, die umstrittene Vorlage abzulehnen.

Im Februar bezichtigte Premier Fico auf einer Pressekonferenz nach der Regierungssitzung einige Tageszeitungen und einen Fernsehsender, Interessen von Rentenverwaltungsgesellschaften zu vertreten. In diesem Zusammenhang sagte er, dass: „... wir auf einem strengen Pressegesetz beharren werden, weil das, was sich einige Medien gegenüber der Regierung erlauben, völlig inakzeptabel ist ...“. Eine solche Äußerung bedeutet, dass der Gesetzentwurf die Regierung vor den Medien schützen soll.

### *Warten auf den Standpunkt des Parlaments*

Ende März nahm das Duell um die Gestalt des Pressegesetzes eine neue Dimension an. Es wurde nämlich die Verhandlung im Parlament und Verabschiedung des strittigen Entwurfs erwartet.

Der Vorstand der Herausgeber periodischer Presse warnte in seiner Erklärung vor der Verabschiedung des Pressegesetzes in der vorgeschlagenen Form: „Die Herausgeber haben kein grundsätzliches Problem mit der Einführung des Rechtes auf Antwort, es müssen jedoch klare und genaue Regeln gelten, ansonsten drohten ein Missbrauch und die Möglichkeit grober Eingriffe in die Redaktionsarbeit und Pressefreiheit.“ Der Bevollmächtigte des OSZE Haraszi würdigte die Tatsache, dass das Ministerium durch einen Abgeordnetenentwurf im Gesetz von der Absicht Abstand genommen hatte, Medien zu pönalisieren, er wiederholte jedoch

Vorbehalten gegen das Recht auf Korrektur, Antwort und zusätzliche Mitteilungen: „In der jetzigen Gestalt werden im Gesetz die Verpflichtungen der Slowakei in der OSZE, die Medienfreiheit zu schützen, nicht erfüllt.“

Abgeordnete des parlamentarischen Ausschusses für Medien haben nur die Auferlegung von Geldstrafen gegen Medien aus der Gesetzesvorlage ausgelassen, strittige Bestimmungen über das Recht auf Antwort wurden im Gesetz beibehalten.

Der Vorsitzende der Koalitionspartei LS-HZDS Vladimír Mečiar sagte danach zu, die Regierungskoalition werde den umstrittenen Entwurf des Rechtes auf Antwort im Pressegesetz abändern. Geringere Anpassungen räumte zuvor auch die andere Koalitionspartei SNS in der Vorlage ein. Dies bedeutet, dass auch in der Regierungskoalition selbst keine völlige Zufriedenheit mit dem vorgelegten Entwurf herrscht.

Der Vorsitzende der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda rief Premier Fico auf, von „dieser gefährlichen Route abzuweichen“, da der Regierungsentwurf des Pressegesetzes in jetziger Form „offensichtlich undemokratisch sei“. Der SDKÚ nimmt vor allem an der Formulierung des Rechtes auf Antwort Anstoß, wonach Personen, die sich von der faktischen Behauptung berührt fühlen, die Möglichkeit haben werden, eine Veröffentlichung ihrer Antwort auch dann zu verlangen, wenn die betreffende Behauptung der Wahrheit entspricht. „Es wird jeder Minister, jeder Staatssekretär und Beamte reagieren und sie werden natürlich verlangen, dass die Antwort in ihrem Umfang der ursprünglichen Information entspricht. Dies wird zur Bewerbung und Präsentation eigener Meinungen führen, ohne Rücksicht darauf, ob die ursprüngliche Information, die zu dieser Meinung den Anlass gab, wahr oder unwahr gewesen ist“, prädizierte der Vorsitzende der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda. Sollte der Entwurf des Pressegesetzes in einer Form genehmigt werden, welche die SDKÚ-DS für undemokratisch hält, ist wohl die Abstimmung über den Lissabonvertrag gefährdet. Die SDKÚ-DS macht nämlich nach wie vor die Unterstützung des Lissabonvertrags von der Umformulierung strittiger Teile des Pressegesetzes abhängig.

### *Slowakei gedachte des Jahrestags eines bedeutenden Protests gegen die Totalität*

Die Slowakei gedachte des 20. Jahrestags der sog. Kerzenkundgebung vom 25. März 1988 in Bratislava. Diese war ein Wendepunkt: Es handelte sich um eine für diese Zeit beispiellose Massenveranstaltung, auf der die Einhaltung von Menschenrechten verlangt wurde. Abgeordnete des Nationalrates der SR gedachten dieses Ereignisses mit einer Erklärung, in der festgehalten wird, dass dieser Protest ein Wendepunkt

der modernen Geschichte der Slowakei war. „... auch diese hunderte kleiner Flammen verhalten dann in einigen Monaten dazu, der ganzen Slowakei Freiheit und Demokratie zu bringen“, steht in der Erklärung des Parlaments. Für die Erklärung stimmten Abgeordnete aus allen Klubs quer durch das gesamte politische Spektrum.

### *Spannungen in der SDKÚ-DS*

Die größte oppositionelle Parlamentspartei, die SDKÚ-DS erlebte in den vergangenen Wochen einige Erschütterungen. Nachdem Exverteidigungsminister Juraj Liška (Minister in der zweiten Regierung von Mikuláš Dzurinda) die Frage der Ablöse an der Parteispitze aufstufte, kamen weitere Spannungen auf. Eine Gruppe von Parteimitgliedern hatte einen Aufruf zu Änderungen in der SDKÚ-DS in den Medien veröffentlicht. Die Unterzeichner des Aufrufs „Zeit für einen Wandel“ hatten jedoch diese Änderungen nicht näher erläutert. Das Präsidium der SDKÚ-DS reagierte mit einer Aussetzung der Mitgliedschaft und damit verbundener Mitgliederrechte für die 14 Unterzeichner und schlug wegen grober Verletzung der Parteisatzungen deren Ausschluss aus der Partei vor. Zugleich beschloss es die Auflösung von 32 Regionalverbänden der SDKÚ-DS in der Region Bratislava. Mikuláš Dzurinda teilte mit, dass die Strukturen im genannten Land nicht funktionstüchtig wären und Regeln verletzt. Der sicherte zu, sich um eine Festigung der Position der Partei in dieser Region durch den Umbau lokaler Strukturen an der Spitze mit neuen Führungspersonen bemühen zu wollen.

Die Destabilisierung lokaler Verbände der SDKÚ-DS in der Region Bratislava kann für diese Partei eine Gefahr bergen: Gerade in der Region der Hauptstadt hat die SDKÚ-DS bisher die größte Unterstützung genossen.

Die Vertreter der Regierungspartei Smer-SD nutzten die internen Probleme der SDKÚ-DS, um demokratische Regeln innerhalb dieser Partei anzuzweifeln. Die SDKÚ-DS zeigte laut stellvertretendem Vorsitzenden von Smer Marek Maďarič bisher Intoleranz gegen andere und jetzt auch innerhalb der Partei. Bei Smer-SD herrsche laut Marek Maďarič Freude darüber, dass der am wenigsten vertrauenswürdige Politiker der Slowakei an der Spitze der Opposition sei. Diese Behauptung stützt sich auf Meinungsumfragen, laut derer der Vorsitzende der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda wiederholt wenig beneidenswerte Werte erreicht.

Die Bewältigung innerer Spannungen in den Strukturen der SDKÚ-DS ist für die Parteileitung eine große Herausforderung, insbesondere wenn interne Kritiker bisher keine eigene Vorstellung über den

Inhalt geforderter Änderungen in der Partei vorlegten.

### Unabhängige Abgeordnete machen Parlamentsmathematik wieder problematisch

Bereits in der letzten Legislaturperiode zerbrach die parlamentarische Mathematik an der Expansion unabhängiger Mandatare. Auch gegenwärtig wird die parlamentarische politische Karte wieder etwas umgekrempelt. Die oppositionelle KDH und ihr Abgeordnetenklub sind um vier Abgeordnete, die als Unabhängige im Hohen Haus tätig sein werden, ärmer geworden. Zusammen mit Abgeordneten, welche die SDKÚ-DS und HZDS verließen, gibt es im Parlament bereits 7 unabhängige Volksvertreter.

Trotz der Umschichtungen in den Abgeordnetenbänken ist die jetzige Lage im Parlament im Vergleich mit jener nach 20 Monaten der zweiten Regierung Mikuláš Dzurindas (2002-2006) stabiler. Die Zahl der Abgeordneten, welche die Regierungskoalition stützen, ist bisher unverändert geblieben. Vor vier Jahren musste die damalige Regierungskoalition nach Unterstützung bei Abgeordneten suchen, die damals aus der oppositionellen LS-HZDS oder der Kommunistischen Partei der Slowakei ausgetreten waren. Mikuláš Dzurinda hat auf diese Weise die verlorene Unterstützung der Abgeordneten, die die SDKÚ verließen und das Freie Forum gründeten, saniert.

Die regierende LS-HZDS des früheren Premiers Vladimír Mečiar möchte einige Rechte von Abgeordneten, die während der Legislaturperiode aus ihrer Partei austreten, beschneiden. Unabhängige sollten zum Beispiel das Recht auf Mitgliedschaft in einzelnen parlamentarischen Ausschüssen verlieren und geringere Beiträge für ihre Kanzlei oder die Arbeit von Assistenten erhalten. Die HZDS werde eine Novelle der Tagungsordnung des Nationalrates vorbereiten, nach der unabhängige Mandatare, die einen Abgeordnetenklub verlassen, keinen eigenen Klub bilden und auch nicht Mitglieder von Parlamentsausschüssen werden können. Die LS-HZDS tritt seit langem gegen Unabhängige auf, da diese Partei regelmäßig wegen Abgeordnetenaustritten geschwächt wird. Unlängst ist auch ihr prominenter Vertreter Tibor Mikuš ausgetreten. Die Partei verurteilte seinen Austritt scharf und forderte ihn über Anzeigen sogar zur Aufgabe seines Mandats auf. Abgeordnete der LS-HZDS unterzeichneten nämlich vor den Wahlen eigenständige Erklärungen, wonach sie beim Austritt aus der Partei das Parlament verlassen und ihren Platz einem Ersatzkandidaten überlassen. Die LS-HZDS war auch durch den umstrittenen Ausschluss ihres Abgeordneten František Gaulieder aus dem Parlament im Jahr 1996 bekannt geworden, nachdem dieser

den Parteiklub verlassen hatte. Die Abstimmung des Nationalrates (und nicht nur dies) ließ damals Zweifel an der demokratischen Ausrichtung des Staates aufkommen. Die Gefahr des Verlustes von Rechten und finanziellen Vorteilen von Abgeordneten könnte somit zur besseren Parteidisziplin beitragen. Bisher verlieren Abgeordnete im Hohen Haus mit dem Parteiaustritt keinerlei Rechte.

### Frühere Politiker der KDH bereiten eine neue konservative Partei vor

Parlamentsabgeordnete, die unlängst aus der KDH ausgetreten sind, kündigten die Gründung der Partei Konservative Demokraten der Slowakei (KDS) an. Zurzeit werden von ihnen die zur Registrierung einer politischen Gruppierung benötigten 10 000 Unterschriften gesammelt. Nach der Registrierung der KDS werden im Parlament Vertreter von sieben politischen Parteien sitzen. Die neu entstehende Partei Konservative Demokraten der Slowakei und die außerparlamentarische Bürgerliche konservative Partei (Občianska konzervatívna strana - OKS) möchten in den kommenden Wahlen gemeinsam kandidieren. Laut OKS-Vorsitzendem Peter Zajac könnten die Parteien alle konservativen Wähler in der Slowakei ansprechen. Zur ersten gemeinsamen Initiative wird der Entwurf einer Erklärung, mit der das Parlament seine Besorgnis über das gewaltsame Vorgehen chinesischer Behörden in Tibet zum Ausdruck bringt. An der Spitze der OKS stehen heute mehrere Begründer der Bewegung Öffentlichkeit gegen Gewalt (Verejnosc proti násiliu), der zentralen politischen Kraft zum Zeitpunkt des Zerfalls des kommunistischen Regimes. In den letzten Parlamentswahlen erreichte sie jedoch nur 0,27% und konnte sich der für den Eintritt in das Parlament erforderlichen Prozentzahl (5%) nicht einmal nähern. Eine Annäherung der KDS und OKS war zu erwarten, da beide Parteien konservative Werte und die Bedeutung der Moral in der Politik betonen. Die KDS wird sich wohl eher auf traditionelle christliche Werte einstellen.

### Unterstützung gemeinsamer oppositioneller Präsidentschaftskandidatin noch immer fraglich

Iveta Radičová, stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen SDKÚ-DS wurde von allen Oppositionsparteien als Person bezeichnet, die gemeinsame Kandidatin der parlamentarischen oppositionellen Parteien für das Präsidentenamt werden könnte. Die KDH nannte jedoch Bedingungen, unter denen sie bereit sei, Radičová zu unterstützen: Sie sollte ihre negative Haltung zum Schwangerschaftsabbruch und ihre Unterstützung für die traditionelle Familie kundtun. Iveta Radičová, die in diesen Fragen liberalere Standpunkte als die KDH vertritt, reagierte im Geiste der Verfassung der SR und nicht im Sinne der KDH-Vorstellungen. Die

Verfassung der SR besagt, dass das menschliche Leben das Kostbarste und auch ungeboren des Schutzes wert sei, ein Schwangerschaftsabbruchverbot wird jedoch darin nicht erwähnt. Pavol Hrušovský, der KDH-Vorsitzende, hat seine Enttäuschung über die Haltung der hoffnungsvollen Kandidatin zum Ausdruck gebracht: „Die bisherigen Äußerungen der SDKÚ-DS und Iveta Radičová selbst haben mich überrascht, als ob sie sich nicht einmal um die Unterstützung der KDH bemühen wollten“. Die KDH erklärte jedoch ihren Willen, weiter über die eventuelle Unterstützung der gemeinsamen Kandidatin zu verhandeln.

Die dritte parlamentarische Oppositionspartei, die Partei der ungarischen Koalition (SMK) hat erwartungsgemäß Iveta Radičová als gemeinsame Kandidatin der Opposition für das Präsidentenamt ihre Unterstützung ausgesprochen, ohne Bedingungen zu stellen. Die SMK wollte mit dieser Unterstützung auch ein Signal an die KDH senden, Radičová doch zu unterstützen. Die SMK äußerte ihr ernsthaftes Interesse an einem gemeinsamen Kandidaten der Opposition und daran, dass dieser Kandidat eine Erfolgchance hat. Nach Meinungsumfragen hat von den Oppositionspolitikern gerade Radičová die größten Erfolgchancen. Nur sie hat laut Umfragen die größten Möglichkeiten, dem von der Partei Smer-SD des Premiers Robert Fico unterstützten amtierenden Präsidenten Ivan Gašparovič zu konkurrieren.

Radičová stimmte zuvor der Kandidatur zur Präsidentin unter der Bedingung zu, sie würde außer von ihrer eigenen Partei SDKÚ-DS auch von SMK und KDH unterstützt werden. Die Präsidentenwahlen sind für 2009 geplant.

### Slowakei rief Europa zur Reaktion auf Ungarische Garde auf

Das slowakische Außenministerium kritisierte ungarische Behörden, wonach diese in Budapest die Vereidigung einiger hundert neuer Mitglieder der extremistischen Ungarischen Garde zugelassen hatte. Die slowakische Diplomatie rief europäische Institutionen auf, sich mit dem Problem zu befassen.

Laut der Behörde stelle die Garde eine Bedrohung für die Bewohner Ungarns und benachbarter Länder dar und sei auch für Europa eine Herausforderung. Das slowakische Ministerium wies darauf hin, dass die Ungarische Garde den Roma feindlich gesinnt sei. Die Garde sollte sich um die Autonomie für die ungarische Minderheit in der Südslowakei bemühen. Sie wurde in der Vergangenheit auch vom ungarischen Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány verurteilt.

## Slowakische Demokratie erhielt ein Zeugnis mit einer 2,6

Die Qualität der Demokratie in der Slowakei wurde in den ersten zwei Monaten des Jahres 2008 mit einer Gesamtnote von 2,6 auf einer Skala von 1 bis 5 bewertet, wobei 1,00 einen optimalen Zustand der Demokratiequalität gemäß jener in der EU und vom Europarat angewendeten Vergleichskriterien darstellt. Dies geht aus den Ergebnissen des IVO Barometer Projektes hervor, das vom Institut für öffentliche Fragen durchgeführt wurde. Das Endergebnis ist ein Durchschnitt vierer benoteter Bereiche. Am schlechtesten wurden demokratische Institutionen und der Rechtsstaat sowie Menschen- und Minderheitenrechte benotet. Bestens, mit 2,5 wurden hingegen Gesetzgebung und Medien bewertet. Die Bewertung von 2,6 ist laut IVO-Präsident Grigorij Mesežnikov Besorgnis erregend und zeugt von gewissen Problemen und Rückständigkeit.

## Riesenausschreibung über Autobahnbau ins Stocken geraten

Das Einlösen des Versprechens der Regierung, wonach 2010 die Autobahn die

zwei größten Städte des Landes (Bratislava und Košice) verbinden wird, ist wieder nicht sicher. Die Umsetzung des Baus hängt schon großteils auch von Gerichtsentscheidungen ab. Das Verkehrsministerium hat durch seine eigene Entscheidung das Risiko erhöht, den Regierungsplan, Košice und Bratislava bis 2010 mit einer Autobahn zu verbinden, nicht einzuhalten. Es gibt nämlich die Gefahr, dass der Staat den Auftragnehmer für die entscheidenden 75 km der neuen Autobahn viel später auswählt als geplant.

Die erste so genannte PPP-Ausschreibung (eine Partnerschaft privater und öffentlicher Organisationen) wurde im November des Vorjahres eröffnet. Es handelt sich um den bisher größten öffentlichen Auftrag. Zwei Konsortien stiegen in die Endrunde auf, vier wurden wegen Nichteinhaltung der Bedingungen ausgeschlossen. Ihre Befähigung, anspruchsvolle Projekte wurde nicht angezweifelt, sie schieden wegen Formalfehlern aus. Die Behörde für öffentliches Beschaffungswesen erachtete jedoch den Ausschluss dieser Unternehmen als unzureichend begründet. Die ausgeschlossenen Unternehmen hätten in den Bewerb wieder aufgenommen werden sollen.

Verkehrsminister Lubomír Vážny lehnte die Entscheidung der Behörde für öffentliches Beschaffungswesen ab und nahm die ausgeschlossenen Firmen nicht mehr auf. Die Ausschreibung über die Abschnitte zwischen den Städten Martin und Prešov steht somit bis zur Entscheidung des Landesgerichtes in Bratislava darüber, ob der Beschluss der Behörde für öffentliches Beschaffungswesen korrekt war. Damit wird die Frage beantwortet, ob der Staat einige ausgeschlossene Konsortien wieder hätte in die Ausschreibung aufnehmen sollen.

Das Verkehrsministerium rechnete damit, den Vertrag mit dem siegreichen Konsortium noch Ende Sommer dieses Jahres abzuschließen, was einen Baubeginn noch vor dem Winter ermöglichen würde. Trotzdem hält der Staat den Bauabschluss im Jahr 2010 noch nicht für verloren, da angeblich noch mit bestimmten Revisionsverfahren gerechnet wurde (diese können aber Monate bis Jahre dauern).

## WIRTSCHAFT

### Inflation lebt wieder auf

Im Vergleich zum Januar wuchsen die Verbraucherpreise im Februar um 0,4 % und zwischenjährig (d.h. gegenüber Februar 2007) bis um 4%. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex hatte eine geringere Dynamik, er erreichte zwischenjährig 3,4% (im Januar 3,2%). Gerade die Entwicklung des harmonisierten Indexes ist bei der Beurteilung der Erfüllung des Konvergenzkriteriums für die Euroeinführung ausschlaggebend. Die durchschnittliche zwischenjährige harmonisierte Inflationsrate innerhalb von 12 Monaten, vom März 2007 bis Februar 2008 verzeichnete einen Wert von 2,1%. Es ist erforderlich, dass in den nächsten Monaten dieser Wert wegen des Konvergenzkriteriums ein wenig sinkt.

Die harmonisierte Inflationsrate erreichte im Februar im Vergleich mit den Erwartungen der Nationalbank der Slowakei (NBS) infolge eines stärkeren Anstiegs von Lebensmittel- und einigen Dienstleistungspreisen einen etwas höheren Wert. Trotzdem bewahrte die NBS bisweilen Ruhe und behielt die Parameter der Währungspolitik unverändert. Sie begründete ihre Haltung dadurch, dass der Anstieg der Inflationsrate durch Kostenfaktoren und nicht durch Nachfrage bewirkt war. Daher hätte es keinen Sinn, die Nachfrage mithilfe der Währungspolitik zu dämpfen. Eine solche Entwicklung erfolgte dabei auch in anderen EU-Ländern. Da keine Verstärkung möglicher Risikoeinflüsse auf die Inflation

sentwicklung im Bereich der Nachfrage identifiziert wurde, entschied die NBS, die Zinssätze auf unverändertem Niveau beizubehalten.

In einer von Kostenfaktoren beeinflussten Inflationswachstumsumgebung ist es notwendig, eine nicht inflationäre Entwicklung in allen Wirtschaftssektoren aufrecht zu erhalten, besonders aber im öffentlichen Bereich, der sich im letzten Quartal 2007 an einer erheblicheren Lohnsteigerung in der Wirtschaft der SR beteiligte. Aus den genannten Gründen rief die NBS zur Fortsetzung einer umsichtigen fiskalischen Politik.

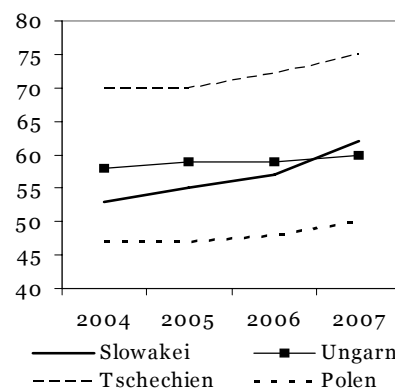
### Konvergenzschub der Slowakei

Das vorjährige extrem starke Wirtschaftswachstum bewirkte einen Aufstieg der Slowakei in der Rangliste der Leistungsfähigkeit. Die OECD veröffentlichte Angaben über das BIP pro Einwohner nach Kaufkraftparität (ein häufig verwendeter Maßstab beim Vergleich der Wirtschaftsleistung der Länder). Die Leistungsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft hob nahezu sprunghaft von 57% der Durchschnittsleistung der OECD-Länder (aber ähnlich auch der Eurolandstaaten) auf 62% im Jahr 2007 ab. Noch nie vorher verzeichnete die slowakische Wirtschaft einen derartigen großen Schub in einem Jahr.

Der Ausgleich der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der SR und jener der Eurozone sollte sich auch positiv an der Annäherung des Lebensniveaus bemerkbar machen. Die Annäherung des Lebensniveaus wird

jedoch langsamer erfolgen als die Annäherung der Leistungsfähigkeit der Ökonomien. Der Ausgangsunterschied ist bereits beträchtlich: Das Verhältnis der SR zur Eurozone bei der BIP-Bildung pro Einwohner betrug 2007 62%, das Verhältnis beim Niveau realer Einkommen erreichte jedoch lediglich etwa 44% (ebenfalls eine OECD-Zahl). Die mittel- und langfristigen Tempi des Reallohnwachstums werden wohl hinter dem Tempo des BIP-Wachstums hinterher hinken. Daher wird die Disproportion zwischen der erreichten Leistungsfähigkeit und dem erzielten Lohnniveau noch längere Zeit andauern (obwohl sie geringer wird). Beim BIP Niveau pro Einwohner wird sich die slowakische Wirtschaft viel mehr den hoch entwickelten Ökonomien annähern als beim Reallohniveau.

**Diagramm 1: Leistungsfähigkeit der V4 Länder, OECD Durchschnitt = 100.**



Quelle: OECD